

Bezugspreis:

Spezialpreis: 1. - 1. - monatlich 1. - ...

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 19. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3

Pirschbüchsen der Gegenrevolution.

Ueber umfangreiche Waffenschreibungen in Erfurt wurde vor kurzem berichtet.

Aus Erfurt erhalten wir nun zu der Angelegenheit weitere sehr interessante Einzelheiten:

Der verhaftete Waffenmeister Keil machte bei seiner Vernehmung folgende Angaben: Durch den Fahrradhändler Arnold, Menzarthstraße in Erfurt, lernte er vor etwa neun Monaten den Hauptmann v. Frankenberg kennen.

Frankenberg erzählte dem Keil von „kommunistischen Aufstandsplänen“ in Thüringen, von welchen er durch Spitzel Kenntnis erhalten habe.

Von der bestellten Munition waren 80 000 Patronen durch die Firma Gustav Genschow u. Co. in Durlach inzwischen bereits geliefert und bei der Firma Haupt-Erfurt, Johannesstr. 159, gelagert worden.

Abgefaßt wurde Keil beim Abschluß des Schiebergeschäfts mit der Reichstreuhandgesellschaft, die für Frankenberg 25 000 Gewehrteile und 100 000 Patronen lieferte.

Hauptmann Frankenberg wohnte in Erfurt, Pension Wanne, Burgstr. 8. Als die Feindnahmen und Untersuchungen begannen, ist der tapfere Hauptmann ausgerissen und versuchte, seine in der Eile vergessenen Papiere durch die Frau eines Besinnungsgenossen, des Hauptmanns Hirtz, Nonnenrainstraße 70, aus seiner Wohnung verschwinden zu lassen.

Aus den vorgefundenen Papieren geht hervor, daß Frankenberg in Verbindung mit dem Kaufmann Graul-Erfurt, Straßburger Str. 92, stand, welcher von Frankenberg mit der Beschaffung von folgenden militärischen Ausstattungsgegenständen beauftragt wurde: 5 000 Militärlochgeschirre, 5 000 Brotbeutel, 2 000 Feldflaschen, 15 große Feldkuchen, 1 komplette Großfrankenstation, 100 000 Meter Feldtadel (beim Eingreifen der Behörden bereits geliefert), 15 komplette Fernsprechstationen, 5 Blitzgeräte, 3 Sanitätswagen, Sanitätsmaterial für 2 000 Mann, 4 Fernsprechemittlungschränke usw.

Hauptmann v. Frankenberg war bis zum Herbst 1920 in der Sippe von Sachsen. Unter seinen beschlagnahmten Papieren befanden sich Verteilungspläne für die

Waffen. Unter „Verteiler a“ sind folgende Namen angeführt: Hauptmann Anger-Erfurt, Dalbergsweg 1, Fabrikant Bahn-Erfurt, Goethestr. 39, Major Breithaupt-Hochheim, Gyralfstr. 24, Gärtnerbesitzer Bekalla-Hochheim, Gutsbesitzer Crinig-Trebra (Nordhausen), Lehrer Enike-Weihensee, v. Fallenhagen-Bornhagen, Gutsbesitzer Gräfe-Walsleben, Kreiswegemeister Hammes-Weihenborn-Löderode, Rittergutsbesitzer v. Haukein-Heiligenstadt, v. Marschall-Bollstedt, Kreisrat Mayer-Worbis, Major Prigge-Soalfeld, Rittergutsbesitzer Römer-Biedungen, v. Seesbach-Cammerhorst, v. Strauß-Raumburg, Burgstr. 40, Technische Rathilfe-Erfurt, Lehrer Waldhelm-Schwerstedt, Rechtsanwält Bernick-Eisenach, Major Wagner-Erfurt, Herderstr. 28, Ziegenfuß-Dingelstedt, Rittergutsbesitzer v. Goldacker-Weberstedt, Freiherr v. Wangenheim-Erfurt, Loffiusstr. 1, Oberamtmann Lorenz-Weihenborn, Rittergutsbesitzer Balzer-Silkerode, Baron Freiherr v. Binnigerode-Silkerode, Landwirt Bause-Hofungen, Ingenieur Bent-Großengotttern, Kaufmann Had-Erfurt, Landwirt Bause-Jützenbach (Südharz).

Hauptmann v. Frankenberg ist für den Staatsanwalt selbstverständlich unauffindbar; wahrscheinlich hat er längst das für Leute seines Schlages gelobte Land der Eberiche erreicht. Immerhin zeigt das Beispiel der Thüringer Waffenschreibung, daß die Rechts-bolschewisten sich zu helfen wissen, selbst wenn die von der Entente geforderte Abgabe der Militärwaffen auch von den Orgelorganen durchgeführt werden muß. Sie bemächtigten sich eben mit „Pirschbüchsen“, wozu die Kriegs- und Revolutionsgewinnler die dem Reiche unterliegenden Steuern in reichlicher Fülle zur Verfügung stellen.

Werkwürdig ist aber auch, daß die „radikalen“ Arbeiter der Thüringer Waffenfabriken, die unter der „revolutionären“ Führung der Gothaer Kommunisten stehen, die Kontrollrechte, die ihnen das Betriebsrätegesetz gibt, nicht einmal dann auszunutzen verstehen, wenn es gilt, die Fabrikation von Waffen zu verhindern, die gegen sie selbst losgehen sollen. Die Schreier unter den Kommunisten wissen doch sonst immer Wunderdinge zu erzählen, die durch eine „revolutionäre“ Betriebskontrolle zu erzielen seien. Es müssen schon die von ihnen beschimpften demokratischen Organe der Republik auf die seitliche „Produktionssteigerung“ in der Thüringer Waffenindustrie aufmerksam werden und die „radikalen“ Betriebsräte mit der Nase darauf stoßen.

Den unfähigen Pfaffenhelden und den nach dem Bürgerkrieg lüsternden Orgelchören wird gründlich das Handwerk gelegt werden können, wenn alle Arbeiter und alle preussischen Frauen und Männer am 20. Februar den Stimmzettel der Sozialdemokratie in die Urne legen.

den Kreis der Beratungen gezogen würden. Es könnte sein, daß man sich auch mit der Gefahr beschäftigen werde, die durch einen Zusammenbruch Deutschösterreichs entstehen könnte.

Abbruch deutsch-belgischer Verhandlungen?

Brüssel, 19. Januar. (Holländisch Neuwobureau.) Die deutschen Delegierten, die über den Rückkauf der in Belgien gelassenen Milliarden Mark verhandeln sollten, sind gestern nachmittag 5 Uhr abgereist, ohne daß vorher eine Entscheidung getroffen wurde.

Der Krieg gegen Sinn-Fein.

London, 19. Januar. (D.) Englische Truppen haben einen großen Teil der Stadt Dublin besetzt. Die Einwohner der oberen Stadtwerke erhielten 20 Minuten Zeit, um ihre Wohnungen zu verlassen. In den Fenstern wurden sofort Maschinengewehre untergebracht, die das ganze Stadtviertel beherrschen. Auch die Stadt Cork wurde besetzt. Daraus haben sich in der Nacht schwere Straßenkämpfe abgepielt. Es wurde aus den Fenstern auf die Truppen geschossen, die das Feuer mit Maschinengewehren erwiderten. Zahlreiche Soldaten und Schutzleute wurden verwundet. Die Zahl der getöteten „Sinn-Feiner“ konnte nicht festgestellt werden, da die meisten Verwundeten und auch die Leichen versteckt worden sind.

Unbequeme Diktatur.

Alga, 19. Januar. (D.) Der Konflikt zwischen dem Moskauer Sowjet und dem Sowjet in Konstant hat sich zuspitzen. Trotz antwortete dem Konstantiner Rat, daß man sich in Konstant nicht von einem Schwarm Trunkenbolden deren Willen diktieren lassen mag. Es wird nicht eher wieder Getreide nach Konstant geschickt, bis ein neuer Sowjet gewählt ist, der Moskaus Autorität anerkennt.

Nichts erreicht?

Von Konrad Haenisch.

Im Anschluß an das im Leitertitel des „Vorwärts“ vom 16. d. M. Dargelegte führe ich hier die knappe Aneinanderreihung von einigen immerhin nicht unwesentlichen Fortschritten in der preussischen Kulturpolitik zu Ende.

Ganz besondere Aufmerksamkeit hat das Unterrichtsministerium der körperlichen Eräftigung der Schulsjugend zugewendet, der Turnunterricht wird weit mehr als früher gepflegt. Abschlußprüfungen im Turnen sind zunächst versuchsweise an einer großen Reihe von Schulen eingeführt worden; wir haben allwöchentliche Spielnachmittage und allmonatliche volle Wandertage auf allen Schulen durchgeführt. Das stählt nicht nur Körper und Geist der Jugend, sondern bringt auch Schüler und Lehrer einander manchmal viel näher als sonst monatelange gemeinsame Arbeit in der geschlossenen Schulfeste. In diesem Zusammenhang darf die Gründung der dem Reich unterstehenden Hochschule für Leibesübungen in Berlin genannt werden.

Von dem Gedanken, Schüler und Lehrer einander näherzubringen, den Lehrer aus einem Vorgesetzten des Schülers zu seinem Freund, Führer und Berater zu machen, war auch die Einrichtung der Schulgemeinden auf den oberen Klassen unserer höheren Lehranstalten diktiert. Nach der Ueberwindung anfänglicher großer Schwierigkeiten hat sich diese neue Einrichtung allmählich siegreich durchgesetzt und ich habe im letzten Jahre bei meinen vielen Schulbesuchen sowohl von den Lehrern wie auch von den Schülern nur die besten Urteile über die Wirksamkeit der Schulgemeinde gehört.

Die körperliche Eräftigung in den Schulen ist durch Erlässe und dauernde Belehrung der Lehrerschaft auf ein Mindestmaß eingeschränkt worden. In absehbarer Zeit dürfte der Stoch aus unseren Schulen vollständig verschwunden sein.

Was die vielumstrittene Frage des Zölibats der Lehrerinnen angeht, so wurde verfügt, daß die bekante Eheklause künftig in keinen mit Lehrerinnen zu schließenden Vertrag mehr aufgenommen werden darf. Vier Lehrerinnen sind seit Ende 1918 ins Ministerium selbst berufen worden.

Auf dem Wege der kollegialen Schulleitung sind wir ein paar tüchtige Schritte vorwärts gekommen. Schon seit dem Jahre 1919 ist das Rektorat seines alten autoritären Charakters entkleidet worden. Mit versuchsweise zunächst in den Bezirken Wiesbaden, Hannover und Düsseldorf eingeführten neuen Dienstverordnungen sind wir auf diesem Wege noch weiter kräftig vorangeschritten. Bewähren sich, woran ich nicht zweifle, diese neuen Dienstverordnungen in der Praxis, so sollen sie, sobald wie irgend möglich, allgemein durchgeführt werden. Durch die Beseitigung des Obligatoriums der Rektorprüfung und durch eine wesentliche Erleichterung in der Gestaltung der zweiten Lehrerprüfung wurden für die Volksschullehrer die Aufstiegsmöglichkeiten stark gefördert.

Durch die Einrichtung der Elternbeiräte ist eine innige Erziehungsgemeinschaft zwischen Schule und Haus angebahnt worden. Auch diese Einrichtung setzt sich anfänglichen Schwierigkeiten zum Trost nunmehr auf der ganzen Linie durch. Wenn die sozialistischen Arbeitereltern von ihr noch nicht überall den richtigen Gebrauch zu machen wußten, so ist das schließlich nicht die Schuld des Unterrichtsministeriums.

In derselben Linie liegt die versuchsweise Einführung des Elternrechts, mit Zustimmung des Lehrers dem Unterrichts beizuwohnen. Gewiß: es ist dies ein gewagter Versuch. Aber wer nicht wagt, gewinnt auch nicht. Und ich bekenne mich gern zu dem Grundsatz, daß man gerade auch in kulturpolitischen Dingen den Mut zum Experiment haben muß — selbst auf die Gefahr hin, daß sich gelegentlich einmal die eine oder die andere Neuerung nicht voll bewährt.

Neue Dienstverordnungen auch für die Lehrer an höheren Schulen sind in Vorbereitung. Auch sie werden einen kräftigen Ruck nach vorwärts bedeuten. Neue Geschichtslehrbücher sind, zunächst für die Geschichte des 19. Jahrhunderts, von bewährten Fachleuten ausgearbeitet worden und sollen so bald wie möglich allgemein eingeführt werden.

Gern würde ich des Näheren auch noch über die grundlegenden Reformen auf dem Gebiete des Theaterwesens und der volkstümlichen Musikpflege berichten. Aber der Raum erlaubt es nicht. Deshalb nur soviel: Die Bearbeitung dieser wichtigen Gebiete liegt im Ministerium in den Händen besonders tüchtiger Sozialisten. Hervorragende Bühnenleiter sind an die Spitze der staatlichen Theater berufen worden (Schillings und Jehner in Berlin; Hagemann in Wiesbaden). Pfünzners wurde nach Berlin gezogen, die Hochschule für Musik wurde von Grund aus reorganisiert (Schreier, Busoni). Mit den Freien Volks-

Abrüstung und Schiedsgericht.

New York, 18. Januar. (Holländisch Neuwobureau.) Aus Macdon wird gemeldet, daß Senator Harding bald nach seinem Amtsantritt die nächste Aufforderung wird, Vertreter zu einer ver-mutlich in Washington stattfindenden Konferenz zu entsenden, auf der die Einschränkung der Bewaffnung und die Gründung eines Schiedsgerichtshofes besprochen werden soll. Man erwartet, daß Harding diese Pläne in seiner Antirittsbotschaft erwähnen wird. Der nordamerikanische Heeresstand ist auf über 175 000 Mann festgesetzt.

Gleichzeitig sind Anzeichen dafür vorhanden, daß auch Japan an eine Einschränkung der Bewaffnung denkt. Premierminister Okuma erklärte in einer Unterredung, die amerikanischen Vorschläge bezüglich eines Marineabkommens zwischen Japan, England und den Vereinigten Staaten seien ein herabder Beweils dafür, daß Amerika die Ausgaben für die nationale Verteidigung einzuschränken wünsche. Deshalb müsse man anerkennen, daß der Vorschlag Amerikas be-wede, zum Weltfrieden beizutragen. Japan könne den amerikanischen Plan aber nur in Erwägung ziehen, wenn eine Regelung zwischen Amerika und England zu-stande gekommen sei. Das japanische Marineprogramm sei ohnehin schon auf das Mindestmaß für die nationale Verteidigung beschränkt.

Außenminister Aihli erklärte einem Vertreter der „New York World“, daß Japan eine Allianz Amerikas für die Entwaffnung be-greifen würde. Dadurch würde es aus diesem Konkurrenzkampf befreit werden, und es würde ihm möglich sein, eine friedliche Ent-wicklung anzubahnen.

London, 19. Januar. (Holländisch Neuwobureau.) Die „Times“ meldet, daß bei Zusammentritt des japanischen Parla-ments die Regierung sowohl im Oberhaus als auch im Unterhaus über die Abrüstung interpelliert werden würde. Auch die Frage des allgemeinen Wählrechts werde in der nächsten Parla-ments-sitzung eine große Rolle spielen.

Die Pariser Konferenz.

London, 18. Januar. (Havas durch WTB.) Reuters erfährt aus zuverlässiger Quelle, es sei wahrscheinlich, daß auf der Pariser Konferenz auch andere Fragen als die Entwaffnung Deutsch-lands, die Frage der Reparationen und der Vertrag von Secores in

h Bühnen wurde ein Verhältnis ständigen und engen Zusammenarbeitens hergestellt. Auch auf dem Gebiet der bildenden Kunst wird tüchtige Reformarbeit geleistet; Männer modernen Geistes sind in Berlin und in Lönbe zur Mitarbeit herangezogen worden.

Für das so überaus bedeutungsvolle Volkshochschulwesen wurde im Ministerium ein eigenes Referat eingerichtet, in dem neben anderen tüchtigen Kräften gleichfalls ein sehr bewährter Sozialist tätig ist. Was an zukunfts-trächtiger Arbeit auf dem Gebiete des Volkshochschulwesens im einzelnen geleistet worden ist, das auch nur anzudeuten, fehlt hier leider der Raum.

Schließlich erinnere ich an die umfassenden Arbeiten zu einer einheitlichen deutschen Hochschulreform, in denen wir mitten drin stehen. Insbesondere soll das Berufswesen auf andere Grundlage gestellt und von allen lokalen Klügelneinflüssen, die sich gelegentlich bemerkbar machen, befreit werden, die Stellung der Extraordinarien und der Privatdozenten wird gehoben. Gewiß ist es richtig, daß die große Mehrzahl unserer Hochschullehrer sich innerlich noch nicht mit der neuen Ordnung der Dinge ausgeföhnt hat. Aber auch hier hat das letzte Jahr infolge zäher und geduldiger Arbeit doch eine wesentliche Besserung gebracht. Sozialisten sind, soweit sie sich ihren bürgerlichen Kollegen ebenbürtig waren, in nicht unbeträchtlicher Anzahl zu Hochschullehrern berufen worden. Allein aus den beiden mit unterstehenden Berliner Hochschulen, der Universität und der Technischen Hochschule, nenne ich die zu Professoren ernannten organisierten Parteigenossen Heinrich Cunow, Paul Lensch, August Müller, Dr. Grotjahn, Dr. Conrad Schmidt und Dr. Chajes. Vielleicht ist es noch der eine oder der andere mehr, der mir im Augenblick nicht einfällt. Dazu kommen noch einige unabhängige oder den Unabhängigen nahe-stehende Hochschullehrer. Mit der zum 1. April in Kraft tretenden Altersgrenze wird die Möglichkeit geboten, sowohl den Hochschulen wie auch der eigentlichen Schulverwaltung noch weit mehr als bisher frisches Blut zuzuföhren.

Der katastrophalen Notlage der deutschen Wissenschaft und ihrer Diener wurde vom Minister die ernsteste Aufmerksamkeit geschenkt. Mit Unterstützung des Reiches wurde die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gegründet — eine Notgemeinschaft der deutschen Kunst ist in Vorbereitung.

Ein neues Studentenrecht ist geschaffen worden, das zum ersten Male die Studentenschaft als solche in den Gesamtorganismus der Hochschule eingliedert und ihr ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht gibt. Von den Studierenden aller Richtungen wurde der damit erzielte große Fortschritt freudig anerkannt.

Der Ausöhnung zwischen den proletarischen Kopparbeitern (das sind heute zum großen Teil unsere Studenten!) und den proletarischen Handarbeitern hat in diesen zwei Jahren die ganz besondere Aufmerksamkeit des Unterrichtsministeriums gegolten. Gerade diese Arbeit hat zwar mancherlei Enttäuschungen gebracht, ist schließlich aber doch nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Ich habe mich neuerdings bei den Besuchen mehrerer Hochschulen davon zu meiner Freude selbst überzeugen können. In der Linie dieser Politik der Verständigung zwischen Hand- und Kopparbeitern liegt auch mein bekannter Brief an den Vorsitzenden der deutschen Studentenschaft, in dem ich gewisse sehr schroffe Wendungen über die Marburger Zeitfreiwilligen, die ich im Sommer gebraucht hatte, zurücknehme. Ich weiß und verstehe, daß dieser Brief in den Reihen der Parteigenossen viel Befremden erregt hat. Ich bitte darum, zum Schluß auch darüber noch ein ganz offenes Wort sagen zu dürfen: Wie ich als Mensch und Sozialist über das Furchtbare denke, das sich im Frühjahrsnebel des verflohenen Jahres zwischen Rechterstedt und Bad Thal abgespielt hat, wie ich als Mensch und Sozialist auch über den Kasseler Freispruch denke, steht nicht zur De-

batte. Als Staatsminister und insbesondere als Mitglied einer Koalitionsregierung muß ich mich mit der Tatsache abfinden, daß in zwei Instanzen, zuletzt von einem Schwurgericht, die Marburger Studenten von der Anklage des Mordes freigesprochen worden sind, und daß das zweite Urteil nunmehr rechtskräftig geworden ist. Dem Parlament lagen zwei Interpellationen der Rechten vor, die das Staatsministerium zu einer formellen Desavouierung des Unterrichtsministers aufforderten. Dieser durchaus im Bereich der Möglichkeit liegenden Desavouierung hätte ich mich persönlich natürlich aussetzen können, ich mußte aber die politischen Folgen bedenken, die daraus entstehen konnten, vielleicht entstehen mußten, und die möglicherweise mitten im Wahlkampf zu einer auch für die Partei keineswegs erwünschten politischen Krise geführt hätten.

Aber ganz abgesehen von taktischen und politischen Notwendigkeiten: Ich mußte und muß mit der Tatsache rechnen, daß auch weite Studententeile, die an sich jede Gemein-schaft mit den Taten der Marburger Zeitfreiwilligen ablehnen, in meinen Äußerungen über diese nun einmal — wenn auch völlig unberechtigterweise — eine schwere Kränkung der gesamten deutschen Studenten sehen, und daß diese Äußerungen, wie ich vielfach wahrzunehmen Gelegenheit hatte, der im Interesse von Land und Volk unbedingt gebotenen Verständigung zwischen Hand- und Kopparbeitern hindernd im Wege standen. Im Interesse der Sache, die höher steht als alles persönliche Prestige, war ich verpflichtet, dieses Hindernis unter allen Umständen aus dem Wege zu räumen, selbst auf die Gefahr hin, mich damit Mißdeutungen bei den eigenen Parteigenossen auszusetzen. Es schändet einen Mann nicht, wenn er Worte zurücknimmt, deren schädliche Wirkungen ihm offenbar geworden sind. Man verwechselt nicht sachliche Festigkeit und persönlichen Eigensinn. Dieser war in politischen Dingen noch nie ein guter Berater.

Der Anbahnung einer Verständigung zwischen Hand- und Kopparbeitern, der Anbahnung jenes Bündnisses zwischen der Wissenschaft und den Arbeitern, von dem schon Ferdinand Lassalle das Heil der deutschen Zukunft erwartete, dient, um auch das schließlich noch zu sagen, nachdem schon im Sommer 1919 die stark demokratisch betonte neue Universität Köln und im Herbst 1920 die Berliner Hochschule für Politik ins Leben gerufen war, nicht zum wenigsten auch die Arbeiterakademie in Frankfurt, die wir dort am 8. dieses Monats aus der Taufe gehoben haben. Es ist mir ein Bedürfnis, zu sagen, daß das Hauptverdienst an dem Zustandekommen dieser Akademie keineswegs mir, sondern dem Genossen Lüdemann, unserem Finanzminister, gebührt. Auf anderem Wege sollen ähnliche Ziele erreicht werden durch die Ausbildungslaufbahn für Arbeiter, die wir an der Universität Münster ins Leben gerufen haben, und um den Förderung sich vor allem der in der Hochschulabteilung meines Ministeriums tätige Genosse Richard Wolbort verdient macht.

Alles in allem: zu wenig ich mit dem Erreichten, von dem ich hier nur einiges Wenige herausgreifen konnte, zufrieden bin — gute Ansätze und Anfänge zu einer von neuem Geist getragenen und von neuem Willen befehlten Kulturpolitik sind in diesen zwei Jahren in Preußen immerhin gemacht worden. Das mögen unsere Genossen auch im Wahlkampf dem preußischen Volke immer von neuem vor Augen führen. Mögen die Wahlen so ausfallen, daß nach dem 20. Februar auf diesen Grundlagen mit frischem Mut und neuer Kraft weitergebaut werden kann!

Reichskonferenz der Kriegsbeschädigten. Zu unserem Bericht in der Morgenausgabe vom 18. Januar 1921 teilt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserbinterbessenen mit, daß es im letzten Abjah nicht helfen muß, daß die Kriegserbinterbessenen gegenwärtig pro Jahr 1500 M. beträgt, sondern daß Elternrente erst dann gewährt wird, wenn die Kriegserbinterbessenen weniger als 1500 M. steuerpflichtiges Jahreseinkommen haben. Der Reichsbund verlangt eine erhebliche Heraushebung dieser Einkommensgrenze.

Arbeit. Bewältigt wurde nur einiges, wenn die reine Natur die Erfahrung der Schauspielerei durchbrach.

Beinahe wie jugendlich Liebende reizen die Gatten, die sich auf dem Scheiterhaufen wiederfinden, die Köpfe aneinander. Er den verführten Säufertopf gegen ihr Frauenhaupt, das nach vielerlei Kinnut birgt. Auf der Zwergenbühne wurde diese sarge Lieblichkeit ein Einbruch von nachhaltiger Sinnbildlichkeit. Für Kommer- und Sälepiele kann die Bühne nicht klein, nicht einfach genug sein, das meinte man in diesem Augenblick.

Man sehe den Schauspielerei ab, der Elfenrichter und zugleich Opfer dieser Familientragödie ist. Der Künstler erugt nach zu arg mit der Materie seines offenbar ungeschmeidigen Komödientums. Max Hochdorf.

Politische Vieldreherei. Mit der „Kunst der politischen Rede“, die in Deutschland bisher noch so wenig entwickelt ist, beschäftigt sich ein belehrendes und unterhaltendes Buch, das Gustav Herrmann in zwei Bänden der bei Dürr u. Weber in Leipzig erscheinenden Zeitschrift herausgegeben hat. Dort erfahren wir auch allerlei über die Vorfahren unserer wortreichen Parlamentarier. Der erste politische Vieldreher, über dessen Leistungen wir genauer unterrichtet sind, war wohl Cicero. „Seine Ansprachen“, sagt Herrmann, „sind oft von endloser Länge, drehen sich im Kreise, knüpfen den Faden zanzanzigmal am gleichen Punkte an. Gelesen die durch ebernen Wurf wirkende Zusammenfassung einer demosthenischen Rede erinnert die ciceronianische an den oströmischen Brief, in dem es heißt: „Lieber Freund! Da ich heute keine Zeit habe, Dir einen kurzen Brief zu schreiben, so schreibe ich Dir einen langen.“ Zur geistlichen Verdichtung, wie sie ein knapper, schlagender Brief oder gesprochen: eine Rede verlangt, gehört neben der Kraft zur Sammlung — Zeit. Cicero hatte oft keine. Deshalb „schreit“ er bisweilen und gerät ins Uferlose.“ Die moderne parlamentarische Beredsamkeit und mit ihr als ansehend notwendige Vieldreherei hat sich zuerst in England entwickelt. Die Redekunst, die hier den Volkserbittern schon früh gemahet wurde, nennt Bentworth 1576 „die einzige Heilssache für die Wunden des Gemeinwells.“ Die Kunst der Rede, die im englischen Parlament im 17. und 18. Jahrhundert so hoch auszubildet ist, machte aber selbst die Vieldreherei erträglich. Es gab keine große oratorische Leistung der berühmten Redner Pitt, Chatham oder Fox, die nicht wenigstens 6-8 Stunden dauerte, und eine der gelehrtesten Reden, die beispiellosen Erfolg hatte, die Rede Sheridans gegen Hastings dauerte geschätzte vier Tage. Wahre Oratorien feierte die politische Beredsamkeit während der französischen Revolution, und besonders gefördert waren die stundenlangen theoretischen Auseinandersetzungen, in denen Robespierre sprach. Von dem ersten deutschen Parlament im Jahre 1848 hat man gefast, daß es schließlich in ungeheuren Redenanden „versankel“ sei. Noch deutlicher drückt sich der Fürst Bismarck aus, wenn er von dem Frankfurter Parlament erklärte: „Wir leiden an der Munddiarrhöe und dem Antragsstoffer; jetzt hat sich auch noch das Interpellationsfieber eingestellt.“ Jedenfalls beweist die Geschichte der politischen Redekunst, daß es nur wenigen Persönlichkeiten und hervorragenden Rednern oeednnt ist, mit Erfolg lange Reden zu halten. Für den Durchschnittsredner gilt das prächtige

Noch kein Abstimmungsdatum!

Oppeln, 19. Januar. (WZ.) Von interallierter Seite wird mitgeteilt, daß eine Verlängerung der Fristen, die im Abstimmungsreglement vorgeesehen sind, nicht zu erwarten ist. Das vorgeschlagene Abstimmungsreglement sei unabänderlich. Ebenso ist unzutreffend, daß die Abstimmung am 13. März stattfinden soll. Der Botschafter wird den Termin festsetzen. Dieser werde von Oppeln aus bekanntgegeben, ehe die französische Presse ihn erhalte.

Ein Zement.

Deutschen, 18. Januar. (WZ.) Zu der Zeitungsmeinung, daß zwischen dem französischen Oberkommando der Interalliierten Kommission und der polnischen Heeresleitung ein Operationsplan für den Fall eines polnischen Einmarsches in Oberschlesien ausgearbeitet sei, wird von interallierter Seite erklärt, daß diese Nachricht völlig unrichtig sei; es seien Schritte eingeleitet, um den Urheber dieser Nachricht zu ermitteln.

Die polnische Regierung bestreitet, daß sie an der Grenze Deutschlands Angriffsstruppen konzentriere; es handle sich nur um die Zurückführung der Truppen in ihre Abrüstungsstationen. Die deutschen Einzelangaben werden für unwahr erklärt.

Deutschland wird beschuldigt, Unruhen in Oberschlesien anzuzetteln, und es wird behauptet, die Entente-Kommission habe im September auf deutscher Seite 5974 Karabiner, 929 Revolver, 40 Maschinengewehre, 135 000 Patronen, 123 Handgranaten, und vieles andere beschlagnahmt.

Interpellation im Reichstag.

Folgende auch von unseren Genossen unterschriebene Interpellation ist eingebracht worden:

„Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in Oberschlesien herbeizuföhren, der durch die Ansammlung polnischer Truppen an der oberschlesischen Grenze geschaffenen Gefahr zu begegnen, und die in dem Abstimmungsreglement für Oberschlesien enthaltene Benachteiligung der deutschen Stimmberechtigten zu beseitigen?“

Das Blutbad von Carlsegen.

WZ. meldet: Am Sonntag gegen 6 Uhr abends erschien in der Fleischerei von Boguska eine Bande von 25-30 Mann. Fünf Mann drangen in das Haus und verlangten von der Frau Wurst. Vor der Fleischerei wurde eine Hochzeitsfahne angehalten und der Kutcher aufgefordert, den Raub aus der Fleischerei zu beschaffen. Als er dies verweigerte, wurde er auf dem Boden erschossen. Währenddessen hielt in dem Hause der Banditenführer der im Kreise von sechs Kindern stehenden Frau, die zudem einen Säugling auf dem Arme hielt, einen Revolver vor die Stirn und forderte Geld. Die Frau brachte es im Betrage von 20 000 Mark. Als sie rief, sie tenne den Banditen, wurde sie durch drei Schüsse erschossen. Ihr Mann holte drei Apo-Beamtin und Zivillisten. Der Wachmeister Ogord, Vater von drei unmündigen Kindern, wurde erschossen, als er den Boden betrat. Dasselbe Schicksal ereilte den Grubenarbeiter Betonel. Die Banditen erschloßen hierauf ein wahnsinniges Feuer aus Pistolen und mit Handgranaten, wobei noch vier Personen zum Teil schwer verletzt wurden. An dem Auskommen von zwei Personen wird gezweifelt. Der Bräutigam erhielt einen Schuß durch den Hals und starb. Die Banditen sind trotz Verfolgung entkommen.

Die tägliche Schlächt.

Kattowit, 18. Januar. (WZ.) Geiern abend wurde in einem Gasthause in Boguska ein Abstimmungsmitglied von Genossen entworfen. Als er sich mit anderen Beamten in das Haus eines Verbrechens in der Kaiserin-Augusta-Straße begab, wurde auf die Beamten Handgranaten- und Pistolenfeuer eröffnet. Sie mußten den Platz räumen und erhielten Verletzungen, die das Haus umstellten. Hierauf sammelte sich eine große Menge von Zivilpersonen an und eröffnete ein regelrechtes, stundenlang andauerndes Feuer, bis abermals Verstärkung aus Kattowit eintraf. Die beiderseitigen Verluste sind noch nicht bekannt. Gegenwärtig werden Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Helft uns!

Von oberschlesischen Parteifreunden geht uns folgender Aufruf zu:

Genossen! In wenigen Wochen werden über Oberschlesien die Würfeln fallen. Einfach und nüchtern gilt es zu prüfen, welchem Staate der Oberschlesier seine Stimme geben soll. Dem Ernst der Stunde Rechnung tragend, darf man die Fehler der alten Re-

gierung nicht auf, mach's Maul auf, hör bald auf! Herr-Reden zu halten. Für den Durchschnittsredner gilt allgemein das „Leitungs“, die goldenen Regeln zusammen, die für jeden politischen Redner zu gelten haben; er warnt dabei vor den „Treppen- und Schachtelreden“, die jede Wirkung vernichten, er fordert klare Disposition, kurze Zusammenfassung der Hauptgedanken.

Die Stellung des Reichskunstwart. Zu den Beratungen im Hauptausch des Reichstags, in denen der deutsch-nationale Abg. Schulz-Bromberg einen Vorstoß gegen den Reichskunstwart unternahm, wird uns geschrieben: Man weiß, daß die Stelle des Reichskunstwarts seit ihrer Begründung aufs bestmögliche besetzt wird. Da ist auf der einen Seite der Widerstand der Behörden selbst, denen nun hier jemand einersorndt wurde, der so etwas wie das künstlerische Gewissen der Reichsregierung sein soll. Und niemand bekommt gern Gemütsblöße, besonders nicht die Geheimräte und anderen Bürokraten. Gegen den ganzen, immer schwerfälliger werdenden Apparat eine künstlerische Angelegenheit durchzusetzen, erfordert eine Kraft, wie sie nur ein so temperamentvoller Mann wie der Reichskunstwart ausbringen mag. Nicht minder scharf ist aber die Opposition gegen ihn innerhalb der Künstlerwelt. Schon als Kunst-Kritiker und dann als Museumsdirektor hat sich Rebslob bestm für die junge Kunst eingesetzt für den Qualitätsgedanken des Werkbundes — Grund genug, daß nun die älteren Künstler gegen ihn antworten. Früher hat immer die ganze Künstlerwelt eine energische Verächtligung künstlerischer Ideen in der Reichsverwaltung gefordert. Jetzt ist da nun einer, der so ungeschmähtlich wie möglich mit einer Fülle von Ideen für die Künstler-Befähigungsmöglichkeiten vermittelt. Und da ist es den vielen wieder nicht recht, daß der Reichskunstwart einen persönlichen Geschmack hat. Die Künstlerwelt hätte allen Grund, sich hinter die Wertarbeits-Bestrebungen des Reichskunstwarts tatkräftig zu stellen.

Die Wiederherstellung des internationalen wissenschaftlichen Verkehrs zwischen den am Kriege beteiligten Völkern erhofft der schwedische Forscher Montelius von der Hilfe der Reutrofen. Sie sollen einen Vertrauensmann wählen und dann die Verbindungen wiederherstellen. Montelius erklärt sich bereit, das Amt des Vermittlers zu übernehmen. Er sieht nach der „Umschau“ der Zukunft optimistisch entgegen.

Ständungen Rosenbergs (Realitäten und Ideen) werden am 22 und 23. Januar abends im Carlottenburger Schilleraal (Wilmersstraße) zum Vortrag gelangen.

Einen Vortrag zum Kampf gegen die Schundliteratur veranstaltet vom 2. bis 5. Februar im Saal 309 des Berliner Stadthauses der Verband deutscher Volkshochschulvereinigungen; die Teilnehmergebühren betragen 25 Pf.

Ein Aufstellung von Eädel- und afrikanischen Völkern wird mit Beginn der Sommerferien in der Carlischen Kunsthandlung (Goldbamerstraße 113) gezeigt.

Zum Ehrenmitglied der Völkern-Gesellschaft für sexuelle Ethnologie wurde Dr. Wagnus Gutschick ernannt.

Die Kottbuser-Zeitung (Ametke) widmete den Universitäten in Wien, Innsbruck, Graz, Padua und Prag zusammen 100 000 Heller zugunsten des Wissenschaften und Universitätsinstitute.

„Totentanz“ auf der Zwergenbühne.

Für das winzige Theater der „Tribüne“, das keine berechneten Kassenverträge, hat Max Reichstein eine sinnbildliche Bühne entworfen, die zur Stätte der Strindberg'schen Tanzqualen dient. Wenn der Vorhang an den sichtbaren Schnüren aufröhrt, steht ein Panzerkern vor den Augen, der bis in die Soalbede hinaufreicht. Da das Metall des Turmes sehr riesig ist, erdrückt der Turm den Raum und er wird zur Nacht wiederum vom dem Raume zerquetscht. Dann öffnen sich mühsam die eisernen Schemeldecken, und es ist, als wenn sich ein schwerergittertes Gefängnis aufatmet, dessen Menschen bald ihre Marten zeigen werden. Bei Reinhardt ist der Wohnraum des Festungskapitäns ausgedehnt und luftig, er ist in der „Tribüne“ eng, und er duftet nach Ruffigkeit. Die Türen, die Wände, die Rüssel stützen sich. Die Menschen in dieser Gefängniszelle müssen sich auch mit Heftigkeit weh tun, sobald sie aufeinanderrennen.

Wirklich, die Habsittung der Strindberg'schen Tragödie wird auf der Zwergenbühne stärker zusammengebaut als in der Bühnenhalle. Es ergeben sich von selbst Regieeinfälle, die den Beobachter überraschen. Der Gatte und die Gattin, diese begeisterten Selbstquäler, werden schon durch den Raum zusammengebunden. Erheben sie sich nun einige Schritte, um der Erregung Luft zu schaffen, so müssen sie hintereinander herjagen, indem eines an das andere geklebt bleibt. Die bildliche Brücke zwischen ihnen bricht niemals ab. Was ihr Inneres zusammenreißt, — es erscheint stärker auf der Zwergenbühne. Das Handkrompfen des Ohnmächtigen, der durch Wunder vom Tode wieder aufersteht, wird nicht vom Raume verschluckt. Das Juden am Mundwinkel, Falten in der Stirn, die ganze Gestalt der Gezeichneten gewinnt eine Schärfe, als wenn alles unter das Mikroskop gerückt wäre. Die Zwergenbühne ist hier einmal gerechtfertigt. Die Zirkusriesenbühne hat diese Rechtfertigung niemals noch erweisen.

Albert Steinrück spielt den Festungskommandanten nicht Herisch kühl, nicht so zerschredend und weniger berückelnd als Paul Wegener. Es leben in ihm ein Wahnsinn, ein Leid, eine Bosheit und ein Habsbüdectum, das trotz aller Lobhude noch von einiger Milde verflärt wird. Die Mittel des Bildlichen werden nicht so wild verschwendet wie bei Wegener. Der Käufer, der im „Deutschen Theater“ das Gerüst seiner Trunkucht abklopft, zerstampert eine ganze Batterie von Flaschen und Gläsern. Nur die eine, den gefährlichen Dunst entsendende Whiskyflasche, wird in der „Tribüne“ zerstampert. Auch das ist Andeutungstheater. Die Einbildung des Menschen braucht doch nur einen gerinen Stoß durch die Sache, wenn die lebendige Menschenkraft ausreicht. Für diese Erkenntnis lieferte der „Tribüne“-Abend wichtige Aufklärung.

Obwohl ein Schatten auf dem beherrschten Virtuositentum der Frau Durieux lag, — wo ist die Grenze zwischen dem Weib und der gefährlichen Bestie? Die Grenze vermischt sich. Das Schmierlächeln mühte nachsehen, daß die Töne, daß auch die Klänge und die Gesänge und die Fernsichtungsstöne ineinandererschmelzen. Die Künstlerin legte aber von Anfang an zuviel Hundewochsamkeit in ihre Rolle und eine überhöhte Besonnenheit, die dann keine Steigerung mehr erlaubte. Das hohe Virtuositentum verfolgte in der Klein-

gierungsform nicht aufzuheben. Es ist keine Zeit mehr zu streiten. Die Abimmungsbeschlüsse sind und bleiben ein Hohn für die Demokratie der Westmächte, in denen man eine Karenzzeit von 10 Jahren für die aus dem Reich nach Oberschlesien zugezogenen Bewohner geschaffen hat, die an dem Aufstieg und an der heutigen Bedeutung Oberschlesiens mitgearbeitet haben. Groß ist der Nachgehalt des diktierten Siegers, der einer hungernden Menschheit Europas die langgeforderte Verbesserung bringen sollte. Eine gewaltige Zahl geborener Oberschlesier hat die Heimat verlassen, um einen lohnenden Erwerb im Reich zu finden. Brüder und Schwestern haben sich fern von uns eine neue Heimat geschaffen. Die Städte jedoch, die ihn geboren hat, wird wohl keiner vergessen. Der Abimmungsstag ist ein Merkmal im Leben jedes Menschen, wenn es um seine eigene Zukunft und die der Seinen geht. Oberschlesien, das frühere Steinfeld, ist jetzt zum Brennpunkt der alten Welt geworden. Da müssen die im Reich wohnenden Oberschlesier erkennen, welche Bedeutung die Heimat für sie hat. Ein Verlust bedeutet Einstellung und Zerfall von Industrien und Elend für die arbeitenden Klassen. Tausende von Arbeitslosen werden hinzukommen und das Elend wird größer. Das im Aufstieg Begriffene und was bisher erreicht worden ist, wird vernichtet. Die Verantwortung der im Reich wohnenden Oberschlesier wird darum doppelt groß für das Volksganze. Nicht ein Diktat von starren Paragraphen darf über ein Volksschicksal triumphieren und die schaffenden Arbeiter in eine wenig vorgeschrittene Kultur zurückweisen.

Darum, Oberschlesier im Reich, rü'et zur Fahrt in die alte Heimat, die Euch geboren hat! Man hat Euch zum Kampf gefordert. „Einer für alle, alle für einen.“ Ohne Opfer keinen Lohn, keinen Sieg. Die Heimat ruft, die ganze Welt schaut auf Euch. Treu sein heißt dem Unterdrückten helfen!

Zuchthausurteil gegen Landarbeiter.

Aus Grefswald wird uns geschrieben: Unschlüssig des letzten Landarbeiterstreiks in Vorpommern im November vorigen Jahres kam es in Derselow zu einer Auseinandersetzung zwischen einer Streikpatrouille und dem Gutspächter Gudopp. Diese Auseinandersetzung führte zu Tätlichkeiten gegen Gudopp und Sohn, ohne für diese erhebliche Folgen nach sich zu ziehen.

Am 12. Januar standen nun vier Landarbeiter vor dem Schwurgericht in Grefswald. Den Vorsitz führte der bekannte Landgerichtsdirektor Brämann. Auf der Beschwoerenbank saßen außer einem einzigen Wirtschaftstatthalter nur Angehörige der „besseren Stände“, darunter ein Domänenpächter, ein Gutspächter, ein Administrator und ein Hofbesitzer. Das Urteil lautete gegen zwei der Angeklagten auf je 8 Monate Gefängnis, gegen die anderen beiden auf je ein Jahr Zuchthaus! Dieses ungeheuerliche Urteil, das natürlich angefochten werden wird, erregt in Vorpommern das größte Aufsehen, obgleich man nachgerade vom Landgericht Grefswald allseits gewohnt ist. Ohne Zweifel wird sich die öffentliche Meinung mit diesem Urteil und seiner Begründung eingehend beschäftigen.

Zeitungen im Gefängnis.

Aus einer Strafanstalt in Götting geht uns eine beachtenswerte Beschwerde zu, die ein starkes Schlaglicht auf die Strafverbreitung der bürgerlichen Gerichtsbarkeit wirft.

Das Schreiben teilt zunächst mit, daß seitens der Staatsanwaltschaft beabsichtigt wird, den Gefangenen in gemeinsamer Haft das Lesen von Zeitungen gänzlich zu entziehen und in Einzelhaft ihnen nur solche Zeitungen zu gestatten, die seitens der Direktion der Anstalt besonders vorbehalten werden. Das bedeutet natürlich, daß man versuchen wird, den Gefangenen die sozialistischen Zeitungen zu entziehen und sie einseitig politisch zu beeinflussen. Hiergegen wenden sich die Gefangenen mit aller Entschiedenheit, jedoch besteht keine Aussicht, daß ihr Protest beim Staatsanwalt Erfolg haben oder überhaupt bis zu seinen Ohren dringen wird. Die beabsichtigte Zeitungszensur war seit der Revolution abgeschafft und um so mehr verbittert natürlich ihre neuerliche Einführung. Wie uns in dem Brief weiter mitgeteilt wird, sind 14tägige Arreststrafen bei Verdunkelung der Zelle als Disziplinstrafen für kleine Vergehen an der Tagesordnung.

Es wäre dringend zu wünschen, daß das Preussische Justizministerium in diese Vorgänge einmal gründlich hineinschaute würde.

Schlechte Arbeit.

In unserer Dienstag-Morgenausgabe bezeichnen wir in einer Besprechung des neuen französischen Ministeriums den neuen Kriegsminister Barthou als einen dunklen Punkt, als einen „Reserve-Ersatz“, von dem ein noch schärferer Kurs als bisher zu erwarten sei.

Die „rote Fahne“ erklärt hierzu: „Der „Vorwärts“ sollbarisiert sich hier also offen mit der Orgesch, den Schersch und Kahr (S), und die S.P.D.-Arbeiter werden daraus sehen, was von dem in dem Wahlauftritt ihrer Partei versprochenen Kampfe gegen Reaktion zu halten ist.“

Dabei hatten wir in Wirklichkeit die Regierung ermahnt, nicht dieselben Fehler zu wiederholen, die sie in den letzten Wochen in der Behandlung der Entwaffnungsfrage begangen hatte. Wir schrieben dann wörtlich:

„Es steht heutzutage für das gesamte deutsche Volk wahrhaftig mehr auf dem Spiele, als das Prestige der Leute um Schersch und Kahr.“

Moskau hat zwar den Kommunisten aller Länder die Anweisung gegeben, bei der Bekämpfung ihrer Gegner auch die List und die Lüge anzuwenden, aber wir dachten, daß ein Mindestmaß von Intelligenz dabei vorausgesetzt sei. Wir glauben aber nicht, daß derartig stumpfsinnige Behauptungen und durchsichtige Fälschungen im Sinne der Moskauer Befehle liegen.

Wohnungs- und Siedlungsfragen.

Der Hauptauschuss des Reichstages setzte Mittwoch die Beratung über den Etat des Reichsarbeitsministeriums fort. Die Debatte wendet sich zunächst Wohnungs- und Siedlungsfragen zu, über die Abg. Hoch (Soz.) referiert. Da es sich vielfach um schwierige Sachfragen handelt, überweist der Hauptauschuss eine Reihe von Anträgen bezüglich der Siedlungsordnung dem Wohnungsausschuss. — Abg. Dr. Böhme (Dem.): Die Reichsregierung möge dafür sorgen, daß in Braunschweig die Enteignung der kleinen Landwirte unter 400 Morgen, wie sie gegen die Bestimmungen des Siedlungsgesetzes vorgenommen wird, eingestellt werde und die Domänen zur Siedlung herangezogen würden. Die Ausführungsbestimmungen in Preußen, welche die Pflicht ohne Kaufanwartschaft gleichberechtigt mit dem Erwerb zum Eigentum stellen und die Anliegerziehung gegenüber der Reifeldung in zweite Linie rücken, sind gesetzwidrig. — Abg. Köhner (Z.): Der Rohlenmanagel nimmt zu, nur der milde Winter hat uns bisher vor einer Katastrophe behütet. Die uns in der Wiedergutmachung auferlegten Kosten können nur bei einer schnellen wesentlichen Erhöhung der Rohlenförderung gelöst werden. Es wäre angezeit, den Ausschuss von 6 M. pro Tonne auf 12 M. pro Tonne zu erhöhen. — Abg. Rumm (Dnat. Ap.) polemisiert gegen die Siedlungspolitik des preussischen Landwirtschaftsministers Braun.

Die verurteilten Monarchisten. Vor kurzem hat sich eine „Preussische Königspartei“ ausgetan. Nun existiert aber schon ein anderer monarchistischer Klub der ehemaligen Rückbeuger mit dem schönen Namen „Bund der Aufrechten“. Folge: In den Haaren liegen sich beide. Der „Bund der Aufrechten“ erklärt gegen die Königspartei eine geharnischte Erklärung, zwischen deren Zeilen zu lesen ist, daß diese Königspartei nur ein Geschäftsunternehmen einiger betriebloser Herren ist. Selbst die „Tägliche Rundschau“ kommt zu dem Schluss, daß die sogenannte Königspartei nichts hinter sich hat. — Armer Wilhelm!

Groß-Berlin

An die falsche Adresse geraten.

Am 18. Januar hatte der 14. Kreis (Neukölln-Brig) eine Wählerversammlung nach dem Schultheiß-Auskant in der Hafenheide einberufen. Unter Berücksichtigung des schlechten Wetters war die Versammlung gut besucht. Auch Frauen waren zahlreich vertreten. Ueber „Sozialdemokratie und Landtagswahlen“ sprachen Genosse Robert Schmidt und darauf, mehr unter Beachtung der Frauenfragen, die Genossin Niedger. Die trefflichen Ausführungen der Referenten wurden von den anwesenden Gegnern von links noch verhältnismäßig ruhig mit angehört. Offenbar fühlten sie sich unseren Genossen gegenüber noch nicht stark genug. Sie begnügten sich daher mit den neuesten Schlagworten, wie „Kasse, Verräter usw.“ Im Laufe des Abends aber erhielten sie noch starken Zugang, wahrscheinlich von einer in der Nachbarschaft liegenden Versammlung der revolutionären Obiente. Trotzdem neben 2 Rednern unserer Partei 3 Kommunisten und 1 Syndikalist in der Diskussion zum Worte gekommen waren, zeigte es sich immer deutlicher, daß ihre Absicht dahin ging, die Versammlung zu sprengen. Der Leitung gelang es wiederholt, diese Absicht zu vereiteln. Als aber ihre drei Redner gesprochen hatten, setzte der Stempel von neuem ein. Nur mit Mühe und Not gelang es unserem Genossen Neumann, seine Rede zu beenden. Als aber unser Genosse Robert Schmidt sein Schlusswort begann, glaubten die Herrschaften sich stark genug, um die Versammlung sprengen zu können. Ein paar mal versuchte Genosse Schmidt zum Worte zu kommen; wiederholt hielt der Vorsitzende den Ständemachern vor, daß sie in der loyalsten Weise behandelt worden, in weitestgehendem Maße zu Worte gekommen seien. Es nützte alles nichts. Einer dieser Leute sprang mitten im Saal auf einen Tisch und fing an, eine Rede zu halten. Um ihn hielt sich ein Haufen von 100 oder mehr dieser Rabaukbrüder. Der Gesang der Internationale wechselte ab mit Hochrufen auf den Kommunismus. Sie hielten sich für die Beherrscher der Situation. Unsere Genossen hielten sich den ganzen Unfug mit einer merkwürdigen Ruhe und Langmut angesehen, als aber nun der Vorsitzende erklären mußte, gegen diesen Standal sei er machtlos, da sprangen unsere Genossen wie auf Kommando auf und stürzten sich auf den Sprengtrupp der Kommunisten. Trotzdem dieselben sich lebhaft zur Wehr setzten, was sie bei ihrer immerhin großen Zahl ja auch konnten, sahen sie doch in der kürzesten Zeit alle vor der Tür im Schnee. Daß sich unsere Genossen zu dieser Sicherung unserer Versammlungsfreiheit nicht die Glacéhandschuhe anzogen, ist selbstverständlich. Diese Versammlungsfreiheit werden wir uns auch zukünftig sichern, und wollen die Herren wieder mal ein Tänelchen wagen, wir sind bereit.

Hierauf hielt dann Genosse Robert Schmidt sein Schlusswort. In geradezu glänzender Weise rechnete er mit unseren Gegnern ab und zerpflückte die Ausführungen der gegnerischen Diskussionsredner. Das war es ja aber auch, was die Herren Kommunisten befürchtet hatten und meinten sie ihn nicht reden lassen wollten. Aber die waren bei dieser Aktion doch mal an die unrechte Adresse gekommen.

Posträuber in der Falle.

Eine unangenehme Ueberraschung erlebten in der vergangenen Nacht zwei Posträuber, die es auf einen Landpostwagen abgesehen hatten. Vor einigen Tagen traten zwei Männer an einen Postillon heran, um ihn für die Verabreichung eines Wagens zu gewinnen. Es waren Fleischfresser, die auf ihren Verortsfahrten wiederholt den hochbelasteten Postwagen gefahren hatten, der Westpforte von dem Amt in der Scharnhorststraße nach Wittenau befördert. Der Postillon wies die Verführer zunächst ab. Als diese jedoch nicht abließen, ihn zu drängen, ging er zum Schein auf den Plan ein, unterrichtete aber seine Vorgesetzten. Beil traf die Kriminalpolizei die erforderlichen Maßnahmen, um die Räuber gleich zu fassen. Zur Ausführung ihres Anlasses hatten die beiden die stürmische Nacht zu heute aussersehen. Kriminalkommissar Trettin ließ den Wagen bei der Abfahrt von der Scharnhorststraße von mehreren Beamten des Raubbezirks besetzen und folgte selbst heimlich in einem Kraftwagen mit anderen Beamten. An der Berliner Straße in Wittenau, in der Nähe der Eisenbahnüberführung, traten die Räuber dem Postwagen entgegen, führten ihn auf das freie Feld und machten sich daran, die Schösser mit Gewalt abzuschießen. Da sprangen zu ihrem Schrecken die Beamten heraus und leuchteten den Verbrechern mit ihren Blendlaternen ins Gesicht. Während einer der beiden gleich ergriffen wurde, gelang es dem anderen, unter dem Wagen hindurch zu entfliehen. Mehrere Beamte verfolgten ihn über das matschige Feld, holten auch, als er auf wiederholten Ruf nicht stehen blieb, hinter ihm her, schloßen ihn aber in der Finsternis. Die anderen Beamten jedoch, die mit dem Auto herangefahren waren, verfolgten ihn weiter und erreichten endlich auch ihn. Die beiden wurden festgenommen als die Ruischer Mireb-Pförtner und Albert Wühl vom Tegeler Weg 45/46 und aus der Reichlinger Straße 7.

Genossenschaft oder Partei?

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die unheillose Tätigkeit, welche die unabhängigen-kommunistische Arbeit in der Konsumgenossenschaft Berlin seit zwei Jahren entfaltet, wurde durch einen weiteren „Erfolg“ gekrönt. Die am Montagabend tagende Genossenschaftsratsversammlung, die unter dem üblichen Nebau stattfand und die Wahlen für die verschiedenen Kommissionen der Verwaltung zu tätigen hatte, stand ganz im Zeichen der in den letzten Jahren beliebten Methode. Die einzelnen Kandidaten mußten ihr politisches Glaubensbekenntnis ablegen und wurden gemessenhaft auf ihre „Stabeneinheit“ geprüft. In der Bewegung jahrzehntelang erprobte Genossen wurden nur deshalb nicht gewählt, weil sie bei der S.P.D. organisiert sind; es fanden nur solche Kandidaten vor der Versammlung Gnade, die erst kürzere Zeit in der Bewegung tätig sind, dafür aber U.S.P.D. oder R.P.D. als Firmenschild tragen. Die Abstimmungsergebnisse brachten der Minderheit 100, der Mehrheit circa 150 Stimmen. Diesem Treiben sahen vom Hinterterrass die Lamp, Lange und Mirus schmunzelnd zu. Unsere Genossen werden bei Laase der Dinge eingehend zu prüfen haben, wie lange sie sich noch solche Variatollen gefallen lassen wollen. Bei Unabänderlichkeit dieser zur Schau getragenen Provokationen wird letzten Endes einmal ernstlich zu erwägen sein, ob es noch länger Zweck hat, für diese Partei-genossenschaft weitere kostbare Mühe und Zeit zu opfern.

Eine große amerikanische Spende.

500.000 Ellen Fianell im Werte von ein Millionen Mark und außerdem einige hundert Tonnen Kleidungs-material, zusammen einen Wert von über 20 Millionen

Mark darstellend, sind längst aus Amerika nach Deutschland gesandt worden — zur Verteilung an die notleidende deutsche Bevölkerung. Diese Spende, die Gefühle des heißen Dankes erwecken muß, beweist, daß das amerikanische Hilfswort noch immer im Wachen begriffen ist. Die Spende ist eine Stiftung des Amerikanischen Roten Kreuzes und wohl veranlaßt worden durch die vor kurzem erfolgte Gründung des „European Relief Council“, dem das Amerikanische Rote Kreuz und andere wohltätige Organisationen angehören und dessen Interessen in Deutschland besonders von der „Gesellschaft der Freunde“ (Quäler) vertreten werden.

So bekämpft man die Tuberkulose!

Der Lungenkranke zur Inanspruchnahme einer Heilstätte bewegen will, muß für die Dauer des Anstaltsaufenthalts die Existenz der Angehörigen einigermaßen sichern. Die Landesversicherungsanstalten zahlen zwar Familienunterstützungen, doch kann man von diesen Leistungen sagen, daß sie vielfach zum Sterben zu viel, aber zum Leben zu wenig sind. Ein Lungenkranke, der anderthalb Jahre hindurch gehofft hatte, von der Landesversicherungsanstalt Berlin einmal an eine Lungenheilstätte überwiesen zu werden, mußte schließlich auf diese „Wohltat“ verzichten, weil die Familienunterstützung zu gering ist. Im Sommer 1919 hatte er nach einem Wustkur auf Rat des Arztes seinen Antrag eingereicht, aber der Bescheid ließ auf sich warten. Der Kranke ging, weil Eile nötig schien, auf eigene Kosten in die Heilstätte Belgis, doch mußte er schon nach zwei Monaten wegen Erhöhung des Pflogelages die ihm jetzt zu teuer gewordene Art abbrechen. Inzwischen hatte die Landesversicherungsanstalt seinen Antrag in Bearbeitung genommen und den Kranken ärztlich untersuchen lassen. Dann aber kam der Winter mit seiner Kälte und die Landesversicherungsanstalt schrieb dem Woienden, die Heilstätte Belgis werde geschlossen werden müssen, Aufnahme bis bis auf weiteres nicht möglich, er solle den Antrag später wiederholen. Das tat er nach mehreren Monaten, und er mußte dann noch verschiedene ärztliche Untersuchungen über sich ergehen lassen, doch ein Bescheid erfolgte immer noch nicht. Endlich im Januar 1921, gelang das kaum noch Erwartete, daß er aufgefördert wurde sich zur Kur nach Belgis zu begeben. Der Mann, der inzwischen eine Arbeitslosigkeit von sechs Monaten durchgemacht hatte, erludigte sich, was aus seiner Familie werden sollte. Bei der Landesversicherungsanstalt erfuhr er, daß die Familienunterstützung für seine Frau und für drei noch schulpflichtige Kinder sich zusammen auf 85 M. pro Woche belaufen werde. Er wußte nicht, ob er das für einen Bis oder für Hohn halten sollte. Die sonstigen Einnahmen der Familie, zu der noch ein 18jähriger Sohn gehört, sind gering. Sie mußten, wenn der Vater nach Belgis ging und nicht mitverdienen konnte, hungern — und beseitigt verkumpfen. An die Landesversicherungsanstalt hat der Kurbedürftige geschrieben, unter diesen Umständen könne er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, sich die Art zu beginnen. Die Landesversicherungsanstalt wird den Bis zu den vielen anderen legen, in denen die Bekämpfung der Tuberkulose an der Unzulänglichkeit der Familienunterstützung gescheitert ist. Wäre es nicht Zeit, an eine Erhöhung zu denken?

Für ärztliche Dezerenten in den Bezirksämtern.

In der am 17. Januar stattgefundenen Generalsitzung des Vereins sozialistischer Ärzte ist folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

Der Verein sozialistischer Ärzte hält es mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung des kommunalen Gesundheitswesens für dringend erforderlich, daß in jedem Bezirk Berlins — mit Ausnahme der sechs Innenbezirke — die Leitung des Gesundheitswesens einem ärztlichen Dezerenten übertragen wird, der vollbeladetes Mitglied des Bezirksrates sein muß.

Der Verein sozialistischer Ärzte richtet deshalb an die sozialistischen Fraktionen der Bezirke die Bitte, sich auf das Entschiedenste dafür einzusetzen, daß in jedem Bezirk einem Arzt als vollbeladeten Mitglied des Bezirksrates die Leitung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Vorhitz der Gesundheitsdeputation übertragen wird.

Selbstmord eines Rechtsanwalts.

In seinem Bureau tot aufgefunden wurde gestern in der Brückenstr. 6b der Rechtsanwalt Gustav Eich, der aus Barmen stammt und in der Jagowstr. 8 wohnte. Eich hat sich mit Gas vergiftet, wie aus hinterlassenen Aufzeichnungen hervorgeht, aus Liebeskummer und weil er verschuldet war.

Der 26 Jahre alte Student der Medizin Martin Köhler aus der Gerolmsstr. 7 suchte gestern ein Hotel in der Snaakidenstraße auf und machte dort durch eine Arsenikspritzung seinem Leben ein Ende. Was ihn dazu veranlaßte, ist nicht bekannt.

Das Opfer eines Straßenunfalls ist gestern der 27 Jahre alte Kaufmann Werner Born aus der Königsgraber Str. 98 geworden. Als er vor dem Hause Nr. 100 den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde er von einem Straßenbahnwagen angefahren und so schwer verletzt, daß er schon auf dem Wege nach der Rettungswache starb.

Zur Verhaftung des Posthefters Schlawig erklärt der Zentralbetriebsrat beim Reichspostministerium folgendes:

Ein Zentralbetriebsrat besteht nur beim Reichspostministerium zu Berlin.

Der Posthefter Schlawig ist niemals Mitglied des Zentralbetriebsrats gewesen.

Das bereits umlaufende Gerücht von der Verhaftung des gesamten Zentralbetriebsrats beruht auf freier Erfindung.

Anton-Nemec-Versammlung. Der bekannte Führer der tschechischen Sozialdemokratie, Gen. Anton Nemec, befindet sich, wie wir bereits mitteilen, seit einigen Tagen in Berlin. Dem Bezirksverband unserer Partei ist es nun gelungen, den Gen. Nemec, der zu den ältesten Vorkämpfern der Zweiten Internationale gehört, als Redner für eine Versammlung zu gewinnen, die am Freitag, 7 Uhr abends, in den Prachisälen Alt-Berlin, Blumenstr. 10, stattfinden wird. Alle Genossen, denen der Wiederaufbau der Zweiten Internationale am Herzen liegt, besonders auch die in Berlin zahlreichen Landesleute des Gen. Nemec, sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen. — Gen. Nemec wird deutsch sprechen, das er wie seine Muttersprache beherrscht.

Wareck im „Eringer“. Stornmeier Wareck, welcher sich auf seiner Rückreise von Holland befindet, wird den kurzen Aufenthalt in Berlin benutzen, um eine Emulsion-Vorlesung im Schodplatz zu geben. Diese findet im Klubheim des Schodplatz, „Eringer“, Café Alexanderplatz-Palast, Alexanderstr. 39/40, am Donnerstag, 20. Januar, statt. Beginn um 7 1/2 Uhr abends. Teilnahme am Erlöse hat bis 7 Uhr zu erfolgen. Es werden 25 Partien gespielt. — Gähle willkommen!

Deutschböhmische und Deutschböhmer. Der österreichisch-deutsche Volksbund veranstaltet heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, in Neudörfen, Bobbinstraße 16/17, eine Versammlung, in der deutschböhmische Genosse Hugo Schulz über „Die Lage in Böhmen und den Reichshut“, Dr. Rischler über „Die deutschböhmische Frage“ sprechen werden. Eintritt frei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 20. Januar:

Wohlfahrtsschulung. Sämtliche Eltern und sozialistischen Lehrer werden zu einer Sitzung am Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Herrn, Panitzstr. 60, eingeladen. Referent Genosse Schöter.

Tabakanstalt. Frauenabend abends 7 1/2 Uhr im Maltheater, Kaiser-Wilhelm-Strasse. Genossin Schwenhuber: Deutscherlebnis.

Tempelhof. Frauenabend abends 7 1/2 Uhr bei Hufe, Kaiser-Wilhelm-Str. 10. Referent: Genosse Huber.

Friedrichshagen. Frauenabend abends 7 1/2 Uhr bei Otto, Reichs-Ed. Mühlentstr. Genossin Gollub: Die Frauen und der Sozialismus.

